

Stand: 30.04.2026 01:04:41

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/10786

"Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Förderung der
Verteidigungsindustrie in Bayern hier: Vergabebericht (Drs. 19/9195)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/10786 vom 11.03.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11306 des KI vom 26.03.2026
3. Beschluss des Plenums 19/11512 vom 15.04.2026



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Claudia Köhler, Tim Pargent, Toni Schuberl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Förderung der Verteidigungsindustrie in Bayern
hier: Vergabebericht
(Drs. 19/9195)**

Der Landtag wolle beschließen:

In § 7 Nr. 1 werden dem Art. 21 die folgenden Sätze 4 und 5 angefügt:

„⁴Das zuständige Staatsministerium erstattet dem Landtag alle zwei Jahre Bericht über die Vorhaben, auf die die vorgesehenen Ausnahmen Anwendung gefunden haben. ⁵Der Bericht enthält insbesondere Angaben über die Art der betroffenen Vorhaben sowie die Höhe der hierfür verwendeten öffentlichen Mittel.“

Begründung:

Im Bereich der Verteidigungsplanung kann es aus Gründen der Vertraulichkeit und der sicherheitsrelevanten Sensibilität von Vorhaben erforderlich sein, Ausnahmen von der Verpflichtung zur öffentlichen Ausschreibung vorzusehen. Eine uneingeschränkte Anwendung der üblichen Vergabeverfahren könnte in diesem Bereich dazu führen, dass sicherheitsrelevante Informationen offengelegt werden. Gleichzeitig ist es geboten, ein Mindestmaß an parlamentarischer Kontrolle und Transparenz sicherzustellen. Zu diesem Zweck wird eine Berichtspflicht gegenüber dem Landtag eingeführt. Das zuständige Staatsministerium berichtet dem Landtag im Abstand von zwei Jahren über die Höhe der im Rahmen der Ausnahmen vergebenen öffentlichen Mittel sowie über die Art der betroffenen Vorhaben.

Um den berechtigten Geheimhaltungsinteressen Rechnung zu tragen, erstreckt sich die Berichtspflicht jedoch nicht auf konkrete Einzelprojekte oder detaillierte projektbezogene Angaben. Dadurch wird ein angemessener Ausgleich zwischen den Erfordernissen der Vertraulichkeit im Verteidigungsbereich und dem parlamentarischen Informationsinteresse hergestellt.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 19/9195

Gesetz zur Förderung der Verteidigungsindustrie in Bayern

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Wolfgang Fackler, Martina Gießübel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/9983

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Förderung der Verteidigungsindustrie in Bayern
(Drs. 19/9195)**

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 19/10785

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Förderung der Verteidigungsindustrie in Bayern
hier: Risikoanalyse und Umweltfolgenabschätzung
(Drs. 19/9195)**

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 19/10786

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Förderung der Verteidigungsindustrie in Bayern
hier: Vergabebericht
(Drs. 19/9195)**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter:

Holger Dremel

Mitberichterstatter:

Florian Siekmann

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten hat den Gesetzentwurf mitberaten.
Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 39. Sitzung am 4. Februar 2026 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
SPD: Zustimmung
Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 19/9983 in seiner 40. Sitzung am 10. März 2026 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
SPD: Zustimmung

Zustimmung empfohlen mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nr. 1 wird nach der Angabe „Verteidigungsgütern“ die Angabe „oder verteidigungsrelevanten Technologien der Luft- und Raumfahrt“ eingefügt.
 - b) In Nr. 2 wird in Art. 63 Abs. 4 Satz 1 nach der Angabe „Verteidigungsgütern“ die Angabe „oder verteidigungsrelevanten Technologien der Luft- und Raumfahrt“ eingefügt.
 - c) In Nr. 3 wird in Art. 65 Abs. 4 nach der Angabe „Verteidigungsgütern“ die Angabe „oder verteidigungsrelevanten Technologien der Luft- und Raumfahrt“ eingefügt.
 - d) In Nr. 5 wird nach der Angabe „Verteidigungsgütern“ die Angabe „oder verteidigungsrelevanten Technologien der Luft- und Raumfahrt“ eingefügt.
2. § 4 wird wie folgt geändert:
 - a) Im Einleitungssatz wird die Angabe „...[**Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften, Drs. 19/8102]** (GVBl. S. XXX)“ durch die Angabe „23. Dezember 2025 (GVBl. S. 657)“ ersetzt.
 - b) In Nr. 3 wird in Art. 24 Abs. 2 nach der Angabe „Verteidigungsgütern“ die Angabe „oder verteidigungsrelevanten Technologien der Luft- und Raumfahrt“ eingefügt.
3. In § 5 wird nach der Angabe „Verteidigungsindustrie“ die Angabe „einschließlich der Unternehmen, die verteidigungsrelevante Technologien der Luft- und Raumfahrt entwickeln und herstellen“ eingefügt.
4. In § 7 wird im Einleitungssatz die Angabe „...[**Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über wirtschafts- und vergaberechtliche**

Vorschriften und der Zuständigkeitsverordnung, Drs. 19/4433 mit 19/7919] (GVBl. S. XXX)“ durch die Angabe „23. Dezember 2025 (GVBl. S. 663)“ ersetzt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/9983 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
SPD: Zustimmung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in die Stellungnahme des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen seine Erledigung gefunden.

4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 19/9983, Drs. 19/10785 und Drs. 19/10786 in seiner 40. Sitzung am 26. März 2026 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
SPD: Zustimmung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen **zugestimmt** mit der Maßgabe, dass folgende weitere Änderungen durchgeführt werden:

- In dem Einleitungssatz von § 2 ist die Angabe „die zuletzt durch die §§ 4 und 5 des Gesetzes vom 25. Juli 2025 (GVBl. S. 254) geändert worden ist“ durch die Angabe „die zuletzt durch § 6 des Gesetzes vom 26. März 2026 (GVBl. S. 75) geändert worden ist“ zu ersetzen.
- In dem Einleitungssatz von § 5 ist die Angabe „das zuletzt durch § 4 des Gesetzes vom 23. Juli 2024 (GVBl. S. 257) geändert worden ist“ durch die Angabe „das zuletzt durch § 7 des Gesetzes vom 26. März 2026 (GVBl. S. 75) geändert worden ist“ zu ersetzen.
- In den Platzhalter von § 3 Nr. 2 in Art. 19 Abs. 1 Satz 2 wird als Datum des Inkrafttretens der „1. Mai 2026“ eingesetzt.
- In den Platzhalter von § 9 wird als Datum des Inkrafttretens der „1. Mai 2026“ eingesetzt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/9983 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
SPD: Zustimmung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in die Stellungnahme des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/10785 und 19/10786 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Roland Weigert
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Änderungsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Claudia Köhler, Tim Pargent, Toni Schuberl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/10786, 19/11306

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Förderung der Verteidigungsindustrie in Bayern

**hier: Vergabebericht
(Drs. 19/9195)**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident